

SDI : Europa zwischen den Supermächten

Autor(en): **Labusch, Reiner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **8 (1986)**

Heft 29

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652892>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SDI: Europa zwischen den Supermächten

Neben der Eskalation der Waffensysteme spielt in der Diskussion um SDI die Frage der physikalisch-technischen Realisierbarkeit eine zunehmende Rolle. Eng verknüpft damit sind Fragen, die die Verwundbarkeit möglicher SDI-Lösungen betreffen.

Reiner Labusch ist Professor für Physik an der TH Clausthal und hat sich eingehend mit diesen Problemkreisen beschäftigt und faßt im folgenden die für ihn naheliegenden Reaktionsmöglichkeiten der Sowjetunion und die daraus folgenden Konsequenzen für Europa zusammen.

von Reiner Labusch

Eine Verteidigung gegen strategische Raketen ist nicht nur technologisch sehr anspruchsvoll und in ihrer Wirksamkeit unsicher, sondern auch ungeheuer kostspielig. Die Kosten des gesamten Systems werden auf mehrere hundert Mrd \$ geschätzt, was angesichts der hohen technischen Anforderung und der Schwierigkeit, große Waffensysteme im Weltraum zu etablieren durchaus plausibel erscheint.

Die Sowjetunion könnte auf die verschiedenen Lösungsstrategien, die für das Ziel SDI derzeit in den USA verfolgt werden, als einfachste Reaktion gar nichts tun und darauf hoffen, daß das chronische Haushaltsdefizit der USA deren militärische Hoffnungen nicht in den Himmel wachsen lassen wird.

Sie wird allerdings voraussichtlich anders darauf reagieren. Tatsächlich muß sie ja damit rechnen, daß die USA im Laufe der Zeit die Fähigkeit erwerben, zwar nicht alle, aber doch einen gewissen Bruchteil der gegen sie gerichteten Raketen samt ihrer atomaren Sprengköpfe (Wiedereintrittskörper) abzufangen. Die sowjetische Führung hält vermutlich ihre jetzige Raketenbewaffnung für angemessen und notwendig, wenn uns das auch nicht so vorkommen mag. Nach allen vorliegenden Erfahrungen wird daher die erste Maßnahme, die sie ergreift, eine Aufstockung ihrer Raketenarsenale sein, die sicherstellt, daß weiterhin mindestens die gleiche Zahl von Atombomben ins Ziel gelangen kann wie bisher. Der Aufwand für das Abwehrsystem steigt überproportional mit der zu bekämpfenden Raketenanzahl an, so daß dies eine zwar nicht sehr elegante aber doch sicher wirksame Maßnahme ist.

Weitere Gegenmaßnahmen gegen die geplante Abwehr mit im Weltraum stationierten Laserwaffen können darin bestehen, die Raketen durch sehr preiswerte Einrichtungen gegen

Laserstrahlung weitgehend resistent zu machen. Diskutiert werden z.B. eine Kühlung der Oberfläche mit einer Flüssigkeit von hoher Verdampfungswärme, Schutzschichten aus pyrolytischem Graphit, wie sie schon jetzt für Wiedereintrittskörper benutzt werden usw. Schließlich kann man noch durch simple Einrichtungen den Feuerschweif, der für die Abwehr der wichtigste Anhaltspunkt zum Orten und Zielen ist, teilweise verdecken und seinen scheinbaren Abstand zum eigentlichen Raketenkörper variabel machen, so daß die Zieloptik der Raketenabwehrstation irreführt wird.

Eine besonders wirksame Maßnahme ist eine Verkürzung der Startphase, die sich durch Verstärkung des Raketenantriebs erreichen läßt. Verkürzt man z.B., was nachweislich möglich ist, die Startphase um die Hälfte, so muß die Feuerkraft der Laserkanonen mindestens verdoppelt werden. Tatsächlich wächst der notwendige Aufwand stärker an, weil, bevor man den ersten Schuß abgeben kann, der erste Teil der Startphase zur Zielerfassung und Bahnverfolgung gebraucht wird. Solche Maßnahmen treiben die ohnehin schon astronomischen Kosten der Raketenabwehr immer weiter in die Höhe.

Schließlich kann man auch eine aktive Bekämpfung der Satellitenstationen ins Auge fassen.

Optionen gegen SDI

Die Stationen sind, bedingt durch unabwendbare physikalische Anforderungen, sehr groß und massiv. Solange keine radikal neuen Antriebssysteme, wie sie in Science-Fiction-Filmen verwendet werden, zur Verfügung stehen, sind sie daher praktisch nicht manövrierbar. Jedes noch so schwerfällige System zur Bekämpfung von Satelliten kann sie abschließen. Die Sowjetunion besitzt ein solches System, das bisher zum Einsatz gegen niedrig fliegende Beobachtungssatelliten gedacht war. Sie wäre also prinzipiell in der Lage, das Überfliegen ihres Hoheitsgebietes mit Satellitenkampfstationen von vorneherein zu verbieten. In einem alternativen Konzept sollen die Laserbatterien und deren Energieversorgung am Boden belassen werden und nur die Lichtstrahlen durch große im Weltraum stationierte Spiegel auf die abzufangenden Raketen gelenkt werden. Diese Spiegel wären etwas weniger schwerfällig als die Laserstationen. Dafür hat man dann die riesigen Kraftwerksanlagen, die für die Energieversorgung der Laser gebraucht werden, als zusätzliches verwundbares Ziel.

Eine weitere Möglichkeit sind sogenannte Weltraumminen. Das sind Satelliten, die in Friedenszeiten in der gleichen Umlaufbahn stationiert werden wie das zu bekämpfende Ob-

jekt und parallel zu diesem in wenigen hundert Metern Abstand fliegen. Sie können bei Bedarf sehr schnell und zuverlässig zum Einsatz gebracht werden. Eine Verteidigung dagegen erscheint unmöglich, wenn die Raummine mit einem Zünder versehen ist, der im Falle der Beschädigung einen Schuß auf die Satellitenstation auslöst.

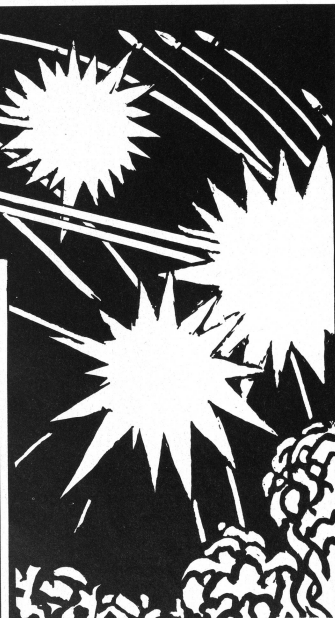
Schließlich kann man Schwärme von sehr kleinen Stahlkugeln in eine zur Satellitenstation gegenläufige Bahn bringen. Bei der hohen Begehungsgeschwindigkeit von ca. 16 km/s durchschlagen diese Kugeln jede denkbare Armierung und sind mit Sicherheit in der Lage den großen Zielspiegel der Station so zu beschädigen, daß er nicht mehr brauchbar ist. Es genügen bei dieser Technik ein bis zwei Raketen, um ein Loch in die Abwehr zu reißen, durch das dann die große Menge der übrigen Raketen hindurchstoßen kann. Da man der UdSSR nicht alle Raketenstarts verbieten kann, ist es dem Abwehrsystem auch nicht möglich, sich selbst gegen diese Vorläufer-Raketen zu schützen, so daß auch gegen diese Technik kein Gegenmittel in Sicht ist.

Ich glaube, man erkennt schon aus meiner sicher sehr vereinfachten und unvollständigen Darstellung, daß der Sowjetunion eine ganze Reihe von Optionen zur Verfügung stehen, die sehr weit von dem entfernt sind, was sich Befürworter von SDI von diesem Unternehmen erhofften, und die meist sogar das Gegenteil von dem bewirken, was man sich davon verspricht.

Die Sowjetunion wird dem friedlichen, defensiven Charakter der strategischen Verteidigung nicht trauen und Gegenmaßnahmen ergreifen. Es wäre aber naiv zu glauben, ihre Führung werde sich auf einen Wettlauf in Hochtechnologie einlassen und versuchen, ebenfalls eine entsprechende Verteidigungsfähigkeit zu entwickeln, wenn sie statt dessen durch konsequente Anwendung der ihr zur Verfügung stehenden Technik ihre Angriffsfähigkeit auf praktisch unbegrenzte Zeit aufrecht erhalten kann.

Der für sie in näherer Zukunft naheliegende Weg dazu liegt einerseits in vermehrter Raketenrüstung, andererseits im Ausbau ihrer Antisatellitenwaffen. Später können verfeinerte Methoden, wie ich sie beschrieben habe, hinzukommen.

Abbau der Raketenrüstung und ein Verbot aller Antisatellitenwaffen sind die Ziele der Genfer Abrüstungsverhandlungen. Ich stelle auf Grund der Analysen die Prognose, daß diese Verhandlungen ergebnislos bleiben werden, wenn der Westen nicht bereit ist, auf Pläne zu einer globalen Raketenabwehr zu verzichten und dies auch durch Abkommen und eine entsprechende Politik glaubhaft zu machen. Angesichts der großen Schwächen der strategischen Verteidigung wäre dies gar kein wirklicher Verzicht.



Die Bedeutung der strategischen Verteidigung für Europa

In der SDI-Diskussion wird – ausnahmsweise einmal so wohl von Gegnern als auch von Befürwortern – häufig vorgebracht, die Errichtung eines Schutzschildes, der die USA unverwundbar machen soll, berge die Gefahr, daß Europa verteidigungspolitisch von den USA abgekoppelt werde, und daß innerhalb des westlichen Bündnisses Zonen verschiedener Sicherheit entstehen könnten. Selbst der Bundeskanzler hat in seinen Stellungnahmen solche Bedenken zumindest anklängen lassen. Auf der anderen Seite wurde von der US-Regierung mehrfach versichert, man werde natürlich Europa mit unter den Abwehrschirm nehmen, besonders dann, wenn die Europäer bereit seien, sich an dessen Kosten zu beteiligen.

Ich meine, daß diese Art der Diskussion, die wirkliche Problematik verfehlt.

Es ist eine Illusion, zu glauben, daß die Sicherheit Europas und die der USA gegenwärtig von gleicher Qualität seien. Falls es je zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Nato und Warschauer Pakt kommen sollte, so würde dieser ja wohl

kaum auf amerikanischem Boden beginnen. Tritt dann aber der reaktiv günstigste Fall ein, der sich danach noch erreichen läßt, nämlich ein baldiger Stop der Kampfhandlungen und Wiederherstellung des Status Quo, so heißt dies eben nicht exakt Status Quo, sondern Verwüstung mehr oder weniger großer Bereiche in Mitteleuropa – nicht aber in den USA. Diese Unsymmetrie innerhalb der westlichen Allianz läßt sich wohl durch keine noch so engagierte Bündnistreue aufheben.

Andererseits würden ja, wenn man ausschließlich auf Kriegsverhinderung durch Abschreckung setzt, die USA als Schutzmacht durchaus sogar aufgewertet, wenn sie ohne Rücksicht auf Vergeltungsschläge gegen die eigene Bevölkerung den Einsatz ihrer Atomwaffen gegen den potentiellen Gegner der Europäer androhen könnte. Ich halte deshalb die aus unserem Regierungslager geäußerten Bedenken der oben zitierten Art eher für ein Mittel, um ein Unbehagen zu artikulieren, das man aus diplomatischen und sonstigen politischen Rücksichten nicht deutlicher ausdrücken möchte. Die Zusage, man werde den Abwehrrschirm natürlich auch über Europa breiten, mag aufrichtig oder freundlich oder auch nur beschwichtigend gemeint sein, aber es bleibt auf jeden Fall die Frage offen, ob denn die USA dazu überhaupt in der Lage sind. Für die in Europa stationierten Raketen größerer Reichweite wie die SS 20 besteht in den Aussichten auf eine wirksame Abwehr kein wesentlicher Unterschied zu den Interkontinentalraketen. Wäre es möglich, die einen wirksam zu bekämpfen, was man allerdings bezweifeln muß, so könnte man natürlich auch Europa gegen die anderen schützen. Wie aber steht es mit den sogenannten taktischen Atomwaffen, die in Mitteleuropa vorrätig gehalten werden? Welche Bedeutung haben sie für die potentiellen Gegner und wie gut sind die Aussichten, sie durch Abwehrmaßnahmen zu neutralisieren?

Abwehrsysteme gegen taktische Atomwaffen?

Bekanntlich gehört der Ersteinsatz von taktischen Atomwaffen zum Verteidigungskonzept der Nato, während die Sowjetunion formell auf den Ersteinsatz verzichtet hat. Die Nato droht den Einsatz an für den Fall, daß sie einen überlegenen konventionellen Angriff nicht anders abwehren kann. Dieses Konzept stammt noch aus einer Zeit, zu der die SU relativ wenige Atomwaffen besaß bzw. taktische Atomwaffen, die durch geringes Gewicht und relativ kleine Sprengkraft für solch einen Zweck geeignet erschienen, nur der Nato zur Verfügung standen. Das Konzept hatte, wenn man einmal von ethischen Bedenken absieht, einen gewissen Sinn als preiswerte Methode, die zahlenmäßige Überlegenheit des Warschauer Paktes auszugleichen. Inzwischen hat aber die SU bezüglich taktischer Atomwaffen mit dem Westen gleichgezogen. Sie verbindet den Verzicht auf Ersteinsatz, den man durchaus nicht einfach als Propaganda abtun sollte, mit der wiederholten Mahnung, daß sie die Begrenzung einer nuklearen Auseinandersetzung als unrealistisch ansieht. Ich sehe darin auch die Drohung, mit einem sehr umfassenden Gegenschlag unter Einsatz ihres gesamten Arsenal zu reagieren, falls die Nato je Atomwaffen, ganz gleich welcher Art, verwenden sollte. Damit erscheint mir das Natokonzept weitgehend überholt. Es kann nicht mehr die wirksame Zerschlagung von Truppenmassierungen angedroht werden, sondern nur noch der kollektive Selbstmord. Sicher ist auch dies eine abschreckende Drohung, aber es ist fraglich, wie lange sie sich psychisch tragen und aufrechterhalten läßt.

Der Aufbau eines Abwehrsystems gegen taktische Atomwaffen wäre in diesem Zusammenhang der Versuch, den alten Zustand wieder herzustellen, d.h. der Nato wieder den unge-

straften Einsatz von taktischen Atomwaffen zu erlauben, falls sie diesen für nötig hält. Dies wird die SU, auch wenn sie selbst den Einsatz nicht wünscht und ihn wohl auch wegen ihrer tatsächlich vorhandenen konventionellen Stärke gar nicht nötig hat, mit Sicherheit nicht akzeptieren, sondern Gegenmaßnahmen ergreifen, um wieder das jetzige atomare Patt zu erreichen, und man muß auch hier fragen, wie solche Gegenmaßnahmen wohl aussehen würden.

Dazu ist zunächst zu bemerken, daß die Höhe über den Boden am höchsten Punkt der Flugbahn eines ballistischen Geschosses kurzer Reichweite kleiner ist als ein Viertel der Reichweite selbst (also z.B. bei 200 km Reichweite weniger als 50 km usw.). Gleichzeitig sind die Flugzeiten selbstverständlich kürzer als bei größerer Reichweite (z.B. bei 200 km weniger als 200 Sekunden), und das Gleiche gilt natürlich auch für die Brennphase. Eine Bekämpfung aus dem Weltraum oder im Weltraum, den diese Flugkörper gar nicht erreichen, scheint daher nahezu ausgeschlossen. Selbst bei größtem Optimismus gegenüber den Aussichten der strategischen Verteidigung müßte man hier kapitulieren. Es bleibt also nur eine Endphasenverteidigung dicht oberhalb und vor allem innerhalb der Atmosphäre. Sie ist zwar etwas leichter als bei Interkontinentalraketen, weil die Anfluggeschwindigkeit der Geschosse deutlich niedriger ist. Die grundsätzliche Schwierigkeit einer Endphasenabwehr ist die Verwundbarkeit der Ortungssysteme, die der Verteidiger braucht, um seine Abfangflugkörper genau in die anfliegenden Sprengköpfe zu lenken. Da die Ortungssysteme durch starke Vorläuferexplosionen in relativ großer Höhe über dem Zielgebiet zerstört oder geblendet werden können, läßt sich das Abwehrsystem immer überrennen, wenn eine hinreichend große Zahl von Angriffswaffen zur Verfügung steht.

Diese Schwäche der Abwehr ist bei taktischen Waffen sehr viel gravierender als bei strategischen: Die Zahl der taktischen Waffen läßt sich sehr viel leichter und schneller drastisch vermehren. Da es für sie kein Rüstungsbegrenzungsabkommen gibt, ist dies sogar ohne die Kündigung von Verträgen möglich. Kurzstreckenraketen und die Munition für atomare Hauptitzen sind natürlich sehr viel billiger als ICBM. Bei beiden Waffenarten kann man konventionelle und atomare Sprengsätze, die ja von außen auf keine Weise unterscheidbar sind, mischen und so die Kosten weiter herunterdrücken, während die Verteidigung gezwungen ist, jedes anfliegende Geschöß abzufangen. Aus diesen Gründen ist es immer möglich, jedes Abwehrsystem, so gut es auch für einzelne Geschosse funktionieren mag, hoffnungslos zu übersättigen. Wiederum ist dies sehr viel leichter und kostengünstiger als der Aufbau eines eigenen Abwehrsystems.

Falls Westeuropa sich also entschließen sollte, Abwehrsysteme gegen taktische Atomwaffen zu entwickeln und zu stationieren, so wären die voraussehbaren Folgen einerseits eine drastische Vermehrung dieser Waffen, und andererseits eine absichtliche Vermischung und Verschleierung des Unterschiedes zwischen konventionellen und atomaren Waffen. Beides wäre wohl für niemanden wünschenswert, unabhängig davon, welchen politischen oder strategischen Grundsätzen man sich verpflichtet fühlen mag.

Literatur:

John Tirman (Hg.), SDI: Der Krieg im Weltraum, München 1985
 Rainer Labusch, Eckart Maus, Wolfgang Send (Hg.), Weltraum ohne Waffen – Naturwissenschaftler warnen vor der Militarisierung des Weltraums, München 1984
 P. Althainz, M. Birkholz, H. Gölzenleuchter, F. Liebke, R. Rudert, J. Scheffran, Militarisierung des Weltraums, Schriftenreihe „Wissenschaft und Frieden“ Nr. 2, Marburg 1984.

Der vorliegende Text ist die stark gekürzte Fassung eines Vortrages, den der Autor vor der Friedrich-Ebert-Stiftung gehalten hat.

Forscher gegen SDI

Wissenschaftler lehnen Mitarbeit ab

Die Ablehnungsfront gegen SDI wird immer größer – auch und gerade unter den Wissenschaftlern und Ingenieuren der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Industrie und der Großforschungseinrichtungen. Das im letzten Jahr von Mitarbeitern des Garchinger Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik und der Technischen Universität München initiierte Schreiben an Kanzler Kohl, in dem jede Mitarbeit an der SDI-Forschung abgelehnt wird, ist inzwischen von weit über dreitausend Angestellten fast aller Großforschungsinstitute, aber auch der Industrie – allein bei Siemens-München über 1 000 Unterschriften – unterzeichnet worden. Auf der Tagung „Forschen zwischen Krieg und Frieden“ des Forums Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung trafen sich im Februar 1986 die Initiativen aus diesen Bereichen zum Erfahrungsaustausch und zur Koordinierung der weiteren Arbeit. Wir dokumentieren – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – einige dieser Initiativen in Selbstdarstellungen.

Gesellschaft für Schwerionenforschung Darmstadt

Bei der Gesellschaft für Schwerionenforschung (GSI) in Darmstadt gibt es seit Januar 1986 einen Arbeitskreis, der sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „SDI“, also der Militarisierung des Weltraums befaßt. Damit sollen die Aktivitäten eines mittlerweile eingeschlafenen Arbeitskreises „Frieden und Abrüstung“ mit einem konkreten Thema wieder belebt werden. Zielsetzung des Arbeitskreises ist es, sich auf dem Gebiet der SDI-Forschung sachkundig zu machen sowie gegebenenfalls Bezugspunkte zur aktuellen Grundlagenforschung herauszuarbeiten. Der Kreis trifft sich einmal wöchentlich, zunächst zur eigenen Information. Die Durchführung GSI-interner oder externer Informationsveranstaltungen ist für einen späteren Zeitpunkt geplant.

Daneben haben wir in einer Initiative erreicht, daß etwa 110 oder mehr als 50 % der Wissenschaftler und Ingenieure bei GSI den Wissenschaftlichen Ausschuss der GSI aufgerufen haben, eine Erklärung gegen die Übernahme von SDI-Forschungsaufträgen durch die GSI zu verabschieden. Diese Erklärung wird demnächst verabschiedet.

Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt

Seit dem Nachrüstungs Herbst 1983 gibt es in den verschiedenen Standorten der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt Gruppen, die sich mit dem Thema Abrüstung im weitesten Sinne beschäftigen.

In Oberpfaffenhofen hatte dies mit dem Mainzer Appell angefangen. Nach Auseinandersetzungen mit dem Vorstand durfte er ausgehängt und für ihn Unterschriften gesammelt werden.

Im Anschluß an den Göttinger Kongress gegen eine Aufrüstung im Weltraum entstand der Arbeitskreis als Zusammenschluß der Gruppen in den einzelnen Standorten. Der Arbeitskreis hat sich die Ziele gesetzt,

- Informationen zu vermitteln und aufzubereiten,
- Veranstaltungen zur Meinungsbildung anzuregen und zu deren Durchführung beizutragen,
- den Meinungsaustausch zu fördern und
- Standpunkte zu aktuellen Vorhaben der DFVLR zu erarbeiten.

Dabei ist der Arbeitskreis seinem Verständnis nach offen und jederzeit bereit, alle an einer Diskussion interessierten einzubeziehen. Gerade Mitarbeiter, die in rüstungsrelevanten Bereichen arbeiten, sollen nicht ausgegrenzt werden.

Erstes Thema des AK ist SDI. Möglichkeiten, innerhalb des Betriebs tätig zu werden, bestehen nicht. Das einzige, was dem AK hier an Möglichkeiten offensteht, ist durch Anschläge an den schwarzen Brettern auf seine Aktivitäten hinzuweisen. Hauptanliegen aber bleibt es trotzdem in den Betrieben hineinzuwirken.

Natürlich beschränkt sich der AK nicht nur auf Aktivitäten, die direkt die DFVLR betreffen. So beteiligte er sich am Mainzer und Göttinger Kongress, sowie an der Friedenswoche im November 1985.

Den Aufruf zur Arbeitsverweigerung an SDI Projekten der Garchinger Wissenschaftler wurde von je 60 Mitarbeitern der Forschungszentren in Stuttgart und Oberpfaffenhofen unterzeichnet.

Ansprechpartner in den einzelnen Forschungszentren sind:

Stuttgart,

Dr. J. Nitsch, Tel.: 0711-686 24 83

Köln, –

Dr. N. Treinies, Tel.: 02203-601 25 96

Göttingen,

Dr. W. Send, Tel.: 0551-709 23 87

Oberpfaffenhofen,

G. Schneiders, Tel.: 08153-287 68

Philips Forschungslabor Hamburg

Die Friedensinitiative Philips Forschungslaboratorium Hamburg existiert seit dem Herbst 1983. Die Anzahl der Aktiven schwankte in dieser Zeit zwischen 5 und 10, wobei das Umfeld jeweils doppelt so groß war. Die ersten Aktivitäten waren eine Aktion vor dem Tor am 5. Oktober 1983 zu den 5 Mahnminuten des DGB und eine Unterschriftensammlung am Tage der Betriebe in der Friedenswoche im Oktober 1983 mit dem Ziel der Einstellung von Produktion und Vertrieb von Kriegsvideokassetten innerhalb des Philips-Konzerns. Die Geschäftsleitung reagierte auf diese Unterschriftensammlung sehr empfindlich und verlangte nach einer knappen halben Stunde den sofortigen Stopp der Aktion. Auf einer Betriebsrätekonferenz der gesamten Philips-Betriebe solidarisierten sich die Betriebsräte einstimmig mit den Forderungen dieser Unterschriftenaktion, und Philips erklärte daraufhin, den Fall sorgfältig zu prüfen. Ein Jahr später wurde die Einstellung und Vernichtung sämtlicher Videokriegsspiele angekündigt. Am 30.01.86 wurden entsprechende Schritte dazu endlich eingeleitet.

Weitere Aktionen waren die Organisation von Diskussionsveranstaltungen, z.B. zu SDI, sowie die Organisation von Filmveranstaltungen, wie z.B. „Der längere Atem“. Auch gemeinsame Aktionen mit Friedensinitiativen und einzelnen Aktivisten anderer Hamburger Philips-Betriebe wurden durchgeführt. Dazu wurden gemeinsame Aufrufe erstellt, das letzte Mal zum 8. Mai 1985. Für diesen Aufruf wurden damals in den Philips-Betrieben über 150 Unterschriften gesammelt. Für die gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Friedensini spricht, daß bereits zwei Betriebsversammlungen mit Themen „Verantwortung der Wissenschaft für den Frieden“ durchgeführt wurden. Veranstaltungen der Friedensinitiative selbst im Betrieb wurden uns bisher nicht gestattet. Anfang dieses Jahres wurde auch im Philips Forschungslabor eine Unterschriftensammlung zum Offenen Brief an Bundeskanzler Kohl durchgeführt. Bis zum 25. März 1986 haben 164 der 400 Beschäftigten diesen Brief unterschrieben und damit ihre Mitarbeit am SDI-Projekt abgelehnt.

Hahn-Meitner-Institut Berlin

Die Friedensgruppe am Hahn-Meitner-Institut in Berlin gibt es seit dem Herbst 1983. Sie arbeitet eng mit der ÖTV-Betriebsgruppe zusammen. Die Zahl der aktiven Mitglieder liegt etwa zwischen zehn bis fünfzehn. Die Gruppe trifft sich derzeit regelmäßig mittwochs in der Mittagspause in den Räumen der ÖTV-Betriebsgruppe. Die bisherigen Aktivitäten liegen schwerpunktmäßig innerhalb des Institutes. Neben internen Diskussionsabenden organisieren die Mitglieder etwa in Abständen von zwei Monaten größere Veranstaltungen, die nach Dienstsclu im Hörsaal des HMI durchgeführt werden. Zu derartigen Film- oder Vortragsabenden lädt die Friedensgruppe alle Mitarbeiter der verschiedenen Bereiche des HMI ein. Je nach Attraktivität der Veranstaltung folgen etwa 40 bis 80 Mitarbeiter dieser Einladung. Einmal im Semester – so wurde es der Friedensgruppe zugestanden – wird auf ihren Vorschlag hin von der Geschäftsführung ein Redner für das offizielle HMI Colloquium eingeladen (z.B. Prof. Walcher, einer der „Göttinger 18“, oder C. F. v. Weizsäcker).

Weiterhin schreibt die Gruppe Artikel für das Hausmitteilungsblatt „hmi-intern“. Eine ständige Stelltafel im Foyer des Eingangs zum großen Hörsaal informiert die Mitarbeiter über aktuelle Themen und Veranstaltungen aus dem Bereich der Friedensproblematik. Aus aktuellen Anlässen heraus entwickeln sich häufig weitere Aktivitäten. Beispiele hierfür sind:

- Unterschriftensammlung für den Appell internationaler Wissenschaftler zur Verhinderung von Waffensystemen im Weltraum (November 1984)
- Beteiligung an der Friedenswoche im Herbst 1985
- Unterschriftensammlung für die („Garching Initiative“: Ablehnung der Mitarbeit am SDI-Projekt (350 Unterschriften).

Bei einigen Aktionen gab es Schwierigkeiten. So durfte z.B. nicht die Bundestagsrede des Herrn Dregger zur „Nachrüstungsdebatte“ aushängen. Bei der 25-Jahr-Feier wurde die Gruppe angewiesen, eine Stelltafel mit der Erklärung der „Göttinger 18“ (einer der Unterzeichner war Otto Hahn) zu entfernen. Ansonsten duldet die Geschäftsleitung die Aktivitäten der Friedensgruppe solange eine bestimmte Grenze nicht überschritten wird.

Die weitere Arbeit der Friedensgruppe wird sein, die regelmäßigen Veranstaltungen weiterzuführen. Daneben soll eine Perspektivdiskussion noch Anfang dieses Jahres klären, in welcher Form und in welche Richtung die Arbeit in nächster Zukunft ablaufen soll.

Kernforschungsanlage Jülich

Die Kernforschungsanlage Jülich GmbH (KFA) ist mit 4.500 Beschäftigten eine der größten in der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen zusammengeschlossenen Institutionen. Seit Sommer 1983 arbeitet die Gruppe „Verantwortung für den Frieden“, Friedensinitiative an der KFA Jülich. Sie besteht aus jungen Naturwissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen, aber auch aus Mitarbeitern der Verwaltung und der technischen Infrastruktur des Zentrums.

In diesem Sinne versteht die Gruppe sich auch als betriebliche Friedensinitiative und nicht ausschließlich als verantwortungsvolle Naturwissenschaftler. Es existieren gute Kontakte zum Betriebsrat und zum ÖTV-Vertrauensleutekörper.

Schwerpunkte der Arbeit waren ursprünglich die Diskussion um die Raketenstationierung und seit ca. einem Jahr die Debatte um SDI. Im Sommer 1985 unterschrieben 350 KFA-Mitarbeiter den allseits bekannten offenen Brief der Garchingener Naturwissenschaftler an Bundeskanzler Kohl; Betriebsrat und Sprecherversammlung der KFA wiesen gleichzeitig eindringlich auf einen Passus im Gesellschaftervertrag hin, der Forschung nur für friedliche Zwecke vorsieht.

Die in diesem Zusammenhang aufgeworfene Problematik der verstärkten militärischen Ausrichtung naturwissenschaftlicher Forschung führte in jüngster Zeit zur kritischen Analyse der bundesdeutschen Forschungslandschaft und der geplanten Forschungsschwerpunkte der KFA.

Durch Rundbriefe werden zur Zeit ca. 100 Mitarbeiter der KFA regelmäßig über aktuelle friedenspolitische Entwicklungen und Tendenzen informiert.

Als Teil der Friedensbewegung beteiligen wir uns selbstverständlich an den Aktionen und sind bemüht, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen dafür zu gewinnen.

Kernforschungszentrum Karlsruhe

Unsere Gruppe bildete sich im Frühjahr 1983 in der Vorbereitung des „Mainzer Kongresses“.

Welchen spezifischen Beitrag können wir als Wissenschaftler für die Friedensbewegung leisten? Mit unserem physikalisch-technischen Sachverstand und unseren besseren Informationsmöglichkeiten wollten wir Argumente aufbereiten und die Aufklärungsarbeit unterstützen. Wir haben selbst mehrere Informationsveranstaltungen durchgeführt und für viele Veranstaltungen von Friedensinitiativen Referenten gestellt. Außerdem wurden allgemeinverständliche Infoblätter zu aktuellen Fragen herausgegeben (Pershing II, Cruise Missiles, AirLand Battle, Rüstung und Sozialabbau, chemische Waffen, Gefahr bei Rakentransporten, Weltraumwaffen).

Auch in unserer Forschungseinrichtung haben wir Veranstaltungen gemacht. Bei verschiedenen Flugblatt-Aktionen wurde gut mit der ÖTV-Betriebsgruppe zusammengearbeitet. Zuletzt haben wir 380 Unterschriften unter einen offenen Brief an Bundeskanzler Kohl gesammelt, in dem vor den destabilisierenden Folgen des SDI-Projekts gewarnt wird, und in dem wir als potentiell dafür qualifizierte Wissenschaftler und Techniker eine Mitarbeit daran ablehnen. Dadurch wurde die „Friedensformel“ des Gesellschaftsvertrages vielen Mitarbeitern bewußt gemacht, der Vorstand bekräftigte Verteidigungsmacht, der Vorstand bekräftigte öffentlich, daß es ein Mitwirken des KfK an der „strategischen Verteidigungsinitiative“ nicht geben werde.

Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, St. Augustin

Unsere Friedensinitiative begann ihre Arbeit im Sommer 1983 mit einer Unterschriftensammlung gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen (Pershing II). Im Oktober 1983 veranstalteten wir eine öffentliche Podiumsdiskussion im großen Ratsaal der Stadt St. Augustin mit bekannten Informatikern, Vertretern der GMD (Institutsleiter, Vorstand) zum Thema „Computer und Rüstung“. Das Echo bei den Mitarbeitern und in der Bevölkerung war sehr positiv.

Der ursprüngliche Name „Friedensinitiative der GMD“ wurde aufgrund einer Intervention der Verwaltungsabteilung der GMD in „Friedensinitiative von Beschäftigten der GMD“ verändert.

Wir treffen uns regelmäßig jeden 2. und 4. Dienstag im Monat jeweils von 16.30 — 18.00 Uhr in den Räumen der GMD. Die Zahl der Teilnehmer(innen) schwankt zwischen 5 und 20, der Kern der aktiven Mitglieder zwischen 5 und 10. Die Zahl der latent Interessierten ist schwer abzuschätzen, da viele ihre Zustimmung nicht offen bekunden wollen. **Von GMD-offizieller Seite wurde unsere Arbeit bisher nicht behindert.**

Wir verstehen uns als Teil der Friedensbewegung und beteiligen uns an deren Aktionen. Schwerpunkt unserer Arbeit ist jedoch die Auseinandersetzung mit unserer Berufspraxis. Im Mittelpunkt stehen dabei die Verquickung von Informatik und Militär, die Probleme der Automatisierung und der Computerfehler sowie die Verantwortung der Informatiker.

Gegenwärtiges Thema ist die Frage nach dem Computerbild der Informatik, das der Theorie und dem Gebrauch des Computers in der Praxis zugrunde gelegt wird. Unser langfristiges Ziel ist es, aus einer kritischen Einschätzung der gegenwärtigen Situation heraus eine positive Perspektive für die Informatik zu entwickeln.

Den offenen Brief der Münchener Naturwissenschaftler an Bundeskanzler Kohl haben 110 Mitarbeiter(innen) der GMD unterschrieben.

Kontakt:

Werner Langenheder, GMD
Postfach 1240, 5205 St. Augustin 1